

Stop the WAR in Yemen

Die vergessenen Kriegsverbrechen im Jemen



Offener Brief vom 02.07.2020

Deutschland: Menschenrechtsverletzungen gegen Jemeniten

Vereinten Nationen

UN-Sonderberichterstatter für Folter und Menschenrechtsvorsitzende der Genfer Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte Prof. Nils Melzer

Europäische Kommission

Die Menschenrechtskommissarin des Europarats Dunja Mijatović

Bundesrepublik Deutschland

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas
Bundeskanzleramt Deutschland Helge Braun
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Dr. Hans-Eckhard Sommer
Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration Annette Widmann-Mauz
Fraktionen des Deutschen Bundestages
Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Deutsches Institut für Menschenrechte

Botschafter der Republik Jemen

Deutsche Botschaft Sanaa
Generalkonsulats der Republik Jemen in Frankfurt am Main
Botschafter der Republik Jemen S. E. Herr Dr. Yahia Mohammed Abdullah Al-Shaibi

NGOs / Presse

Amnesty International
Human Rights Watch
Arabian Rights Watch Association
ECCHR
Repieve
Redaktionen deutscher und internationaler Medienorgane

Stop the WAR in Yemen

Die vergessenen Kriegsverbrechen im Jemen



Offener Brief vom 02.07.2020

Deutschland: Menschenrechtsverletzungen gegen Jemeniten

Sehr geehrter UN-Sonderberichterstatter für Folter und Menschenrechtsratsvorsitzender, sehr geehrte Europarat-Menschenrechtskommissarin, sehr geehrter Bundespräsident, sehr geehrter Bundestagspräsident, sehr geehrte Bundeskanzlerin, sehr geehrte Staatsministerin, sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages, sehr geehrte Vertreter internationaler Menschenrechtsorganisationen, sehr geehrte Medienschaffende, sehr geehrte Botschafter der Republik Jemen,

Pass-Verordnung vom 08. August 2019 – jemenitische Pässe

Aufenthaltsverlängerung-/Genehmigung – Anerkennungslage von jemenitischen Pässen in Deutschland – Aufforderung zur Beschaffung neuer Pässe
Weigerung der Ausländerbehörde, Pässe von Bürgern der Republik Jemen NICHT anzuerkennen, die von Behörden in Provinzen unter Verwaltung des Obersten Politischen Rates (Nord-Jemen) oder in Botschaften/Konsulaten in Syrien bzw. Iran ausgestellt wurden. (Vgl.: [Pass-Verordnung vom 08.08.2019](#))

2

In diesem Kontext gehen bei der Friedensinitiative Stop the WAR in Yemen aus Berlin-Brandenburg, zunehmend Beschwerden von jemenitischen Staatsbürgern ein.

Mit dieser Pass-Verordnung verstößt die Bundesregierung Deutschland entsprechend seinem Grundgesetz, der Europäischen Menschenrechtskonvention und Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte gegen das Diskriminierungsverbot nach Herkunft. (Vgl.: <https://www.krieg-im-jemen.de/jemeniten-in-deutschland/>)

Die Bundesregierung Deutschland zwingt mit dieser Verordnung Tausende von Jemeniten mit Herkunft aus den nördlichen Regionen des Jemens – die aktuell in Deutschland leben, sich im Kontext Beantragung eines neuen Passes sich in jene Gebiete des Jemen zu begeben, die unter der Besatzung von Saudi Arabien bzw. den VAE stehen und so Gefahr laufen, als „Oppositionelle“ in geheime Foltergefängnisse verbracht zu werden.

Am Rande der 38. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf am 18. Juni 2018, forderte Mohammed Safa im Namen arabischer Menschenrechtsaktivisten die Vereinten Nationen auf, die Verfolgung von Kriegsverbrechen der Saudi/VAE-Kriegskoalition und Untersuchungen von Verbrechen in geheimen Foltergefängnissen der VAE in südjemenitischen Provinzen einzuleiten.

Stop the WAR in Yemen

Die vergessenen Kriegsverbrechen im Jemen



Offener Brief vom 02.07.2020

Deutschland: Menschenrechtsverletzungen gegen Jemeniten

Es gibt eine lange Liste von Zivilisten, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Akademikern und deren Familienangehörigen, die von pro-saudischen Kräften entführt und in geheimen Gefängnissen gefoltert werden bzw. bis heute nicht wieder aufzufinden sind. (Vgl.: UN-Menschenrechtsrat Juni 2018 - Geheime Foltergefängnisse der VAE)

Jemeniten die in Deutschland leben und ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert bekommen, werden so gezwungen in den Jemen zurückzukehren. Jemen ein Land, in dem die Saudi/VAE-Kriegskoalition seit März 2015 tagtäglich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, das unter einer Totalblockade zu Land, zu Luft und zur See leidet, wo Millionen von Jemeniten an Hunger, Durst und Pandemien wie Cholera, Masern, Diphtherie, Dengue-Fieber und jetzt auch noch Covid19 leiden bzw. sterben und der Krieg im Jemen von den Vereinten Nationen als die größte humanitäre Katastrophe nach Ende des 2. Weltkrieges bezeichnet wird. (Vgl.: arwa, Zwangsmaßnahmen gegen Jemen)

3

Die Friedensinitiative Stop the WAR in Yemen aus Berlin-Brandenburg fordert die Bundesregierung Deutschlands auf, die Menschenrechtsverletzung gegen Jemeniten mit Herkunft aus dem Nord-Jemen unverzüglich einzustellen und deren Pässe aufgrund des Krieges im Jemen anzuerkennen.

Die Friedensinitiative Stop the WAR in Yemen fordert die Bundesregierung Deutschlands auf, jegliche Unterstützungsleistungen inkl. Rüstungsexporte an Länder, die am Jemenkrieg beteiligt sind - ohne Ausnahmen, sofort einzustellen. (Vgl.: Koalitionsvertrag 07.02.2018 – Rüstungsexportverbot an Länder, die am Jemenkrieg beteiligt sind)

Mit freundlichen Grüßen

Mathias Tretschog
Journalist und Gründer von Stop the WAR in Yemen

Ausführliche Hintergrundinformationen
www.krieg-im-jemen.de/jemeniten-in-deutschland